



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/121 - 27.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Das Ergebnis der Freitag-Debatte	S. 1
Wohin mit den USA-Truppen in Österreich?	S. 3
Schwerer Weg der Saarbevölkerung	S. 5

Geständnis der Passivität

Es war ein Höhepunkt in der Kunst der Tatsachenverdrehung, als der Bundeskanzler am Freitag in der ausserpolitischen Debatte die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages mit der Begründung empfahl, die Annahme würde nichts anderes bedeuten "als die Viererkonferenz schon jetzt in diesem Hause abzuwürfen." Der Antrag forderte u.a., die Regierung auf "alle Massnahmen, die in den Bereich der militärischen Folgerungen aus den Pariser Verträgen gehören" zurückzustellen. Ohne die Pariser Verträge aber, so meinte Adenauer, wäre man nicht einmal zu einer sowjetischen Verhandlungsbereitschaft gekommen. In Wirklichkeit ist diese Bereitwilligkeit auf nichts anderes als die rasante Entwicklung der Atomwaffentechnik zurückzuführen und die Furcht vor einem in ihrem Zeichen geführten Krieg, der die beiden grossen Gegenspieler, die Sowjetunion und die USA, zu Verhandlungen und Ausgleich geradezu zwingt.

Bemüht man sich, das Ergebnis der Freitagsgaussprache auf ihren Kern zurückzuführen, so ergibt sich folgendes Bild:

1. Die Bundesregierung hat kein positives Wiedervereinigungsprogramm. Sie hatte es auch nicht, als die von Blankenhorn geführte Sachverständigen-Gruppe in London war. Adenauer selbst hat hierzu erklärt, es seien damals lediglich alle die Fragen zusammengestellt und analysiert worden, die möglicherweise Gegenstand der Viererkonferenz bilden könnten. Niemand wird sagen wollen, dass das ein konkretes Programm ist.

2. Die Bundesregierung hält im vollen Umfange an den Pariser Verträgen und der möglichst schnellen Verwirklichung gerade ihrer militärischen Bestimmungen fest. Sie tut das, obwohl auch nach ihrem Geständnis die internationale Situation sich grundlegend gewandelt und entspannt hat und obwohl sie wissen müsste, dass durch die Aufstellung deutscher militärischer Einheiten beiderseits des Eisernen Vorhanges der Weg zur Wiedervereinigung mit kaum übersteigbaren Hindernissen versperrt würde. Das wird besonders deutlich durch die Bindung der

27.5.1955

Bundesrepublik an die NATO und ihre automatische Folge: die Straffung und Stärkung des Ostblocks, vor allem in seinen militärischen Funktionen.

3. Der Kanzler lehnt Verhandlungen zwischen den Beteiligten über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands vor der Wiedervereinigung ab, weil dadurch die Entscheidungsfreiheit einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung entscheidend eingeschränkt werde. Er übersieht dabei, dass ohne eine solche vorangegangene internationale Vereinbarung die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte zu freien Wahlen in ganz Deutschland keinesfalls zu erreichen sein wird, weil die Sowjets ihre Zone nicht freigeben werden, bevor sie nicht wissen, wie die zukünftige Stellung eines Gesamtdeutschlands international aussehen wird.

4. Der Kanzler sieht eine deutsche Wiedervereinigung nur am Ende einer erfolgreichen allgemeinen Abrüstung. Das würde, von der damit verbundenen Verzögerung auf viele Jahre abgesehen, bedeuten, dass man die deutsche Wiedervereinigung ausschliesslich von dem guten Willen der an der Abrüstung interessierten Weltmächte abhängig macht. Sie könnten sich sehr wohl auf eine Abrüstung einigen, die ihre Grundlage in der Fortdauer der Spaltung Deutschlands hätte. Die SPD stimmt dem Abrüstungsanliegen des Bundeskanzlers im Grundsatz zu, ist aber im Unterschied zu ihm der Ansicht, dass eine Weltabrüstung ohne vorangegangene deutsche Wiedervereinigung utopisch ist.

Das politische Ergebnis der Freitag-Debatte ist also gerade im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung fast tragisch zu nennen. Einer sichtbar entspannten und zum Ausgleich tendierenden internationalen Situation mit objektiven Chancen auch für die Herstellung der deutschen Einheit in Freiheit steht eine höchst bedauerliche und in ihren Auswirkungen nicht zu übersehende Passivität der Regierung in dieser Frage entgegen. Ihre Aktivität und ihr Eifer sind auf die möglichst baldige Erstellung der 12 Divisionen gerichtet, deren militärische Bedeutungslosigkeit auch der Kanzler ausdrücklich anerkannt hat, deren Existenz sich aber politisch als ausserordentlich schwere Belastung für die Wiedervereinigung auswirken muss.

Wer in die kommende Viererkonferenz mit der Vorstellung geht, man könne ein wiedervereinigtes Deutschland zum unlösbaren Bestandteil des westlichen Militärblocks machen, verzichtet, ob er es will oder nicht, auf die Wiedervereinigung. In diesem Sinne hat Ollenhauer von der Konzeption des Kanzlers als einem Programm gegen die Wiedervereinigung gesprochen. Ein bitteres, aber wahres Wort.

27.5.1955

Ein amerikanisches "Expeditionskorps" in Italien?

PE - Rom, Ende Mai

Es kommen nicht sehr viele ausländische Touristen nach Livorno. Diese toskanische Hafenstadt liegt abseits des grossen Fremdenstromes, der sich durch Italien ergösst. Wer aber zufällig doch dorthin gerät, wird sich über zwei Dinge wundern, die man sonst in Italien fast nirgends mehr zu sehen bekommt: Bombenruinen grossen Ausmasses und Scharen von amerikanischen Soldaten.

Die Altstadt von Livorno bietet noch heute stellenweise einen Anblick, der sich von den trostlosen, ausgebrannten Häuserzeilen anderer deutscher Städte gar nicht so sehr unterscheidet. Man hat hier nicht, wie überall sonst in Italien, total und gründlich das Zerstörte wieder aufgebaut. Dafür aber ist, ein paar Kilometer vom Zentrum Livornos entfernt, eine völlig neue Stadt errichtet worden - eine amerikanische Barackenstadt, bewohnt von USA-Militär aller Waffengattungen und Dienstgrade, mit Kasernen, Verwaltungsgebäuden, Schulen und - vor allem - mit unermesslichen Materiallagern, die sich ausbreiten, soweit das Auge reicht, und die zu betreten jedem nicht der amerikanischen Armee Angehörigen oder von ihr Beschäftigten strengstens verboten ist.

Denn Livorno ist, auf Grund eines Vertrages zwischen den U.S.A. und Italien, zu einem riesigen amerikanischen Stützpunkt ausgebaut worden, über den der grösste Teil des Verfliegungs- und Materialnachschubs verfrachtet wird, den die amerikanischen Streitkräfte in Österreich und in Süddeutschland benötigen. Damit aber wird es in sehr absehbarer Zeit überbei sein, denn Österreich wird geräumt, und damit scheidet gleichzeitig der Nachschubweg von Livorno über den Brenner nach München aus. Was soll also in Zukunft aus diesen mit gewaltigem Aufwand errichteten amerikanischen Anlagen in Livorno werden?

Zu dieser brennenden Frage, die gegenwärtig die amerikanischen Kommanden und die NATO beschäftigt, gesellt sich eine zweite, die ebenfalls durch die jüngste politische Entwicklung entstanden ist: Sollen die amerikanischen Streitkräfte, die bisher in Österreich stationiert gewesen sind, in die Bundesrepublik verlagert werden oder nach Italien? Damit rückt Italien in die vorderste Frontlinie des NATO-Dispositivs für Südeuropa. Das heisst, im Kriegsfall könnte ein Stoss aus dem Osten durch das österreichische und jugoslawische "Vakuum" hindurch direkt gegen die oberitalienische Tiefebene geführt werden, und die ganze Verteidigung Europas könnte durch eine unzureichende Verteidigung dieses Raumes

27.5.1955

von Süden her aufgerollt werden.

Diese neue Gefahr ist dem NATO-Oberkommando ebenso unheimlich wie den Italienern selbst, soweit sie nicht im kommunistischen Lager stehen. So spricht man gegenwärtig in Rom viel von einem amerikanischen "Expeditionskorps", das schon in Friedenszeiten in Oberitalien stationiert werden soll, und zwar an einem Punkte, der vom Brenner wie auch von der südslawischen Grenze nicht allzuweit entfernt ist, also etwa in Verona. Dieses "Expeditionskorps" hätte die Aufgabe, der italienischen Armee im Ernstfall einen materiellen und, was vielleicht noch wichtiger wäre, einen moralischen Rückhalt zu verleihen. Es würde sich zunächst aus denjenigen USA-Verbänden zusammensetzen, die bisher in Österreich standen. Seine Nachschubbasis aber bliebe noch wie vor Livorno.

Natürlich setzt dieser Plan das Einverständnis der italienischen Regierung voraus. Mit diesem aber dürfte ohne weiteres zu rechnen sein, sowohl im Hinblick auf die sehr erwünschte Verstärkung, die die Verteidigungsmöglichkeiten der italienischen Nordgrenzen dadurch erhielten, wie auch mit Rücksicht auf die erheblichen materiellen Vorteile, die die dauernde Anwesenheit amerikanischer Truppen dem Gastlande in der Regel bringt. Dem Linkenblock dürfte jedoch die dauernde Anwesenheit eines USA-Expeditionskorps neuen Auftrieb geben. Schon wettern seine Blätter gegen die "absolute Kontrolle über Italien", die sich Amerika durch diese Truppenentsendungen sichern wolle und die mit Italiens Freiheit und Unabhängigkeit unvereinbar sei.

Der der Regierung nahestehende römische "Messaggero" sucht die erregten Gemüter zu beruhigen, indem er beschwichtigend erklärt, die ganze Frage der amerikanischen Truppenverschiebungen nach Italien befinde sich einstweilen noch im Stadium der Prüfung. Sache des italienischen Generalstabes sei es, darüber ins Klare zu kommen, ob die Neutralisierung Österreichs die Verteidigungsmöglichkeiten Italiens verbessere oder verschlechtere. Bisher hätten sich die italienischen Militärs weder in der einen, noch in der anderen Richtung endgültig ausgesprochen, und somit seien alle diesbezüglichen Kombinationen und Polemiken "völlig unbegründet".

Die Dankbarkeit des Separatisten Hoffmann

xxx Saarbrücken

In der Stunde, in der die Weltöffentlichkeit eine neue Zusammenkunft der vier Grossmächte erwartet und auf eine Entscheidung im Kalten Kriege hofft, sieht sich die deutsche Saarbevölkerung vor der politischen Entscheidung über ihr Schicksal bis zum Friedensvertrag gestellt.

Das Abkommen über das Statut für das Saargebiet hat inzwischen am Ende seiner ersten Sitzungsperiode den Ministerrat der Westeuropäischen Union beschäftigt. Dabei ging es um die Entscheidung der Frage, wann, in welcher Art und in welchem Umfange die politischen Freiheiten im Saargebiet eingeführt werden. Die Bundesregierung unterwarf sich in Paris einem Beschluss des Ministerrates, der die Einwirkungsmöglichkeiten des europäischen Kommissars in Richtung auf die Herstellung wirklicher demokratischer Freiheiten stark einschränkt. Damit hat sich die totalitäre Sippschaft um Hoffmann und Grandval gegen die zwischen Adenauer und Pinay in Bonn getroffenen Abmachungen durchgesetzt.

Der Saarministerpräsident Johannes Hoffmann hat kürzlich auf einer Delegiertenkonferenz seiner Partei eine Entschliessung annehmen lassen, in der es unter anderem heisst:

"Er (der Delegiertentag) stellt in Dankbarkeit fest, dass die saarländische Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann die Krönung einer zehnjährigen Politik durch den Einbau des saarländischen Staates in eine europäische Union erreicht hat."

Wem fielen bei dieser Erklärung nicht der Ausspruch des deutschen Bundeskanzlers im Bundestag ein:

"Jeder gute Deutsche kann dieses Statut unterschreiben".

Nun, Herr Hoffmann und die übrigen Bannerträger des Separatismus sind wohl nicht als gute Deutsche anzusehen; wenn sie jubeln, haben wir allen Grund betrübt zu sein.

Wem soll die Bevölkerung glauben?

Diese gegensätzliche Auslegung des Saarstatuts und der Abmachungen im Rahmen des WEU-Ministerrates zeigt noch einmal mit aller Deutlichkeit auf, dass es sich bei diesem Statut um einen politischen Wechselbalg handelt, mit dem nun die Saarbevölkerung fertig werden soll. Wem soll diese Bevölkerung glauben? Handelt es sich bei dem Statut, wie Dr. Adenauer sagt, um einen guten Vertrag, den jeder unterschreiben kann, oder handelt es sich um einen Sieg des Separatismus, wie Herr Hoffmann in Dankbarkeit verkündet?

Wer geglaubt hatte, mit der Ratifizierung des Saarvertrages durch die beteiligten Parlamente und mit seiner Notifizierung und der Festlegung ausführender Bestimmungen durch die WEU sei die Stunde der Freiheit auch für diese Deutschen im Westen unseres Vaterlandes gekommen, sieht sich schwer enttäuscht. Nach wie vor sind die Polizeimassnahmen des saarländischen Innenministers Hector bestimmend für die politische Situation. Nach wie vor werden die Versammlungen der unterdrückten deutschen Partei für illegal erklärt und von Sonderkommandos der Polizei ausgehoben. Noch immer finden Tag für Tag in den Wohnungen der Anhänger der deutschen

Parteien Haussuchungen statt. Dennoch lässt der demokratische Westen zu, dass diese aus unfreien Wahlen hervorgegangene Regierung, die für alle diese Polizeieinmassnahmen verantwortlich ist, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Herstellung der demokratischen Freiheiten schaffen wird.

Die terminierte Freiheit

Herr Hoffmann und seine Regierung werden bestimmen, wann die demokratische Freiheit über die Saarbevölkerung hereinbricht. Es wird als ein bitteres Kuriosum in der Geschichte des Westens zu verzeichnen sein, wenn die Saarregierung in ihrem Amtsblatt verkünden lässt: Vom soundsovielten um soundsoviel Uhr an, haben die Menschen im Saargebiet auch das Recht, für die Prinzipien und Ideale der Demokratie einzutreten. Es wird erforderlich sein, dass die fünfköpfige Kommission, gebildet aus je einem Engländer, Italiener, Luxemburger, Holländer und Belgier sich stark macht, gegenüber einer solchen Regierung wirkliche Freiheiten und keine Pseudofreiheiten durchzusetzen.

Erst dann wird die Bevölkerung an der Saar das Recht haben, zum ersten Mal nach der Kapitulation in Freiheit über ihr Schicksal zu diskutieren. Die profranzösischen Parteien CVP (Christliche Volkspartei) und SPS (Sozialdemokratische Partei Saar) haben aber auch dann gegenüber den deutschen Parteien einen weiten Vorsprung. Sie allein sind im Besitz von gut eingespielten Organisationsapparaten, und sie allein können in ihren eigenen Tageszeitungen für ihre Politik werben. Die deutschen Parteien werden erst mühsam ihre Organisationen aufbauen und den Versuch machen müssen, eigene Zeitungen und Publikationen herauszubringen. Die Drei-Monate-Frist bis zum Ja-Nein-Plebizit über das Statut wird unter diesen Umständen zum grösseren Teil vorübergegangen sein, ehe die deutschen Parteien wirklich in die politische Auseinandersetzung eingreifen können. Das ist schon am Anfang eine Demonstration der Blamage für die, die im Statut die Dreimonatsfrist beschlossen haben.

Der Preis für den Saarverzicht

Nach diesen drei Monaten tritt, falls die Saarbevölkerung das Statut mit Mehrheit akzeptiert, wieder eine Beschränkung der Freiheiten ein, von der Herr Hoffmann auf seinem Parteitag triumphierend behauptete, der Bundeskanzler habe ja dazu seine Unterschrift gegeben und in einem Brief an den französischen Aussenminister Pinay weitere Einschränkungen konzidiert.

Diese schlechte politische Konstruktion und Situation wird untermauert durch einen Wirtschaftsvertrag zwischen Frankreich und Hoffmann, der die unumschränkte wirtschaftliche Herrschaft Frankreichs auf allen wesentlichen Gebieten der saarländischen Wirtschaft aufrecht erhält. Es ist interessant, den Äusserungen Hoffmanns zu entnehmen, dass er die Schuld für das Zustandekommen dieses Wirtschaftsvertrages der Bundesregierung zuschiebt, die in Baden-Baden Herrn Mendes-France zugestanden habe, diesen Vertrag abzuschliessen, ehe die saarländische Bevölkerung über Annahme oder Ablehnung des Statuts befunden hat.

Die deutsche Saarbevölkerung geht in den kommenden Monaten und Jahren einen schweren Weg, um den Preis auszuführen, den sich Frankreich für die Pariser Verträge ausbedungen hat.